



Antrag

der Abgeordneten des SSW

"Denkpause" der EU in Schleswig-Holstein aktiv nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag nimmt den erneuten Aufschub der endgültigen Entscheidung der Europäischen Union in der Frage der Europäischen Verfassung zum Anlass, in Schleswig-Holstein eine breite Debatte über die Zukunft Europas anzustoßen.
2. Der Schleswig-Holsteinischen Landtag wird die Initiative ergreifen, um gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen, Organisationen und Bildungseinrichtungen vor Ort Diskussionsveranstaltungen und andere Foren zu organisieren, bei denen eine oder mehrere der folgenden fünf Fragen im Mittelpunkt stehen:
 - a) Welchen der grenzüberschreitenden Problemen, vor denen Europa steht, sollte die EU besonderes Gewicht beimessen?
 - b) Welche Probleme in der EU-Zusammenarbeit selbst sind die vordringlichsten?
 - c) Wie sollte die Debatte über die Zukunft Europas und einen möglichen neuen Verfassungsvertrag organisiert werden, um die notwendige Breite, Tiefe und Legitimation zu gewährleisten?
 - d) Wie kann die Bürgerbeteiligung in der EU gestärkt werden?
 - e) Wo verlaufen die Grenzen Europas?
3. Dem Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird die Aufgabe übertragen, die Debatte im Detail zu planen und sich bei den zuständigen EU-Institutionen um die Finanzierung zu bemühen. Ziel muss es sein, dass jede Organisation oder Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die Dis-

kussionsveranstaltungen zu einigen dieser Fragen organisieren, eine finanzielle Unterstützung für diese Aktivitäten bekommt.

4. Die Debatte über die Zukunft Europas wird in Schleswig-Holstein am 1. Januar 2007 beginnen und im April oder Mai 2007 mit einer großen Bürgeranhörung im Schleswig-Holsteinischen Landtag abgeschlossen werden. In dieser Anhörung soll eine repräsentative Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mit Politikerinnen und Politikern über die europäischen Zukunftsfragen diskutieren.
5. Nach Abschluss der Debatten werden der Europaausschuss und der Schleswig-Holsteinische Landtag die Ergebnisse der Veranstaltungen zusammenfassen und an die Landesregierung weiterleiten, die sich dann auf Bundesebene und Europäischer Ebene für die Forderungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger des Landes an die Zukunft Europas und der EU einsetzen soll.

Begründung:

Das Nein bei den Volksabstimmungen in Frankreich und Holland zur europäischen Verfassung haben gezeigt, dass die EU sich in einer großen Vertrauenskrise befindet. Vor diesem Hintergrund haben die EU-Staats- und Regierungschefs im Juni 2005 eine einjährige „Denkpause“ zu Zukunft der Europäischen Union beschlossen. Während einige Mitgliedsstaaten – vor allem Dänemark und Irland – diese Denkpause aktiv genutzt haben, um gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern über eine Neubestimmung der EU zu diskutieren, ist diese Zeit der Reflexion in Deutschland zu wenig genutzt worden. Damit hat man die bisherige Vorgehensweise fortgesetzt, bei der die wichtigen Fragen der Europapolitik eher fern der Bevölkerung entschieden werden.

Obwohl der Europäische Rat Anfang Juni die offizielle „Denkpause“ für beendet erklärt hat, werden die Beratungen über den Verfassungsvertrag auf jeden Fall bis Mitte des ersten Halbjahres 2007 weitergehen. Damit bietet sich eine neue Chance, in Schleswig-Holstein eine breite Debatte um die Zukunft Europas anzustoßen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag soll dem Beispiel anderer EU-Länder folgen und gemeinsam mit dem Menschen im Land eine aktive Debatte über die Zukunft Europas und der EU organisieren.

Anke Spoorendonk
für die Abgeordneten des SSW